



IG Metall

Industriegewerkschaft startet neue Arbeitszeitkampagne – die Umverteilung von Arbeit steht aber nicht auf der Agenda. Bundeskanzlerin Merkel bekundet derweil, die Proteste gegen TTIP kümmern sie nicht weiter: »Ich werde sowieso weiterverhandeln.«

SEITE 3

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 22. OKTOBER 2015 · NR. 245 · 1,40 EURO / 47 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Drohnenkrieg

Bundestagsabgeordnete haben dem US-Stützpunkt Ramstein einen Besuch abgestattet. Interview

2

Wahlkampf

Im Osten der Türkei tobt der Staatsterror in den Hochburgen der prokurdischen Partei HDP

6

Theoriebildung

Vordenker der Postmoderne: Vor 25 Jahren starb der französische Philosoph Louis Althusser

12

Hetzkampagne

Thawra und Kaveh rappen Klartext: »Antideutsche« sehen rot und drangsalieren linke Musiker

15

War Attentäter V-Mann?

Über eine Verbindung Frank Steffens zum Verfassungsschutz wird offen spekuliert. Lebenslauf mit »Merkwürdigkeiten«. Von Markus Bernhardt

In bezug auf den Neofaschisten Frank Steffen tun sich die ersten Ungereimtheiten auf. Am vergangenen Sonnabend hatte der Mann auf die parteilose Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker eingestochen. Sie wurde am Sonntag ins Amt gewählt. Am Mittwoch berichtete der *Kölner Stadt-Anzeiger*, dass die Arbeitslosengeschichte des Mannes »eine Reihe von Merkwürdigkeiten« aufweise. So soll er, obwohl er nie bei der Agentur für Arbeit vorgesprochen habe und auch nie vermittelt worden sei, »jahrelang Hartz IV bezogen« haben. Außerdem sei die Akte des Neonazis gesperrt gewesen. Das bedeute, sie sei als geheim eingestuft worden und »nur ausgesuchte Personen« hätten darauf Zugriff. Mittlerweile stellt sich nicht nur der *Stadt-Anzeiger* die Frage, ob etwas seitens der Sicherheitsbehörden verschleiert werden soll. »Dass der Verfassungsschutz keine Erkenntnisse über einen mehrfach vorbestraften Nazi mit derart eindeutiger Vorgeschichte haben will, ist nicht glaubhaft«, erklärte am Mittwoch Ralf Michalowsky, Sprecher des Landesverbandes von Die Linke in NRW.

Auf Anfrage von *junge Welt* erklärte Jörg Rademacher, Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums und zuständig für den Verfassungsschutz, dass er zu der Personalie des Reker-Attentäters »keine Auskunft« erteilen könne und keine Stellung dazu beziehe, ob dieser als V-Mann tätig gewesen sei. Das läge unter anderem daran, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen wegen versuchten Mordes an sich gezogen habe. Dementsprechend wollte sich Rademacher auch nicht zu der Frage äußern, ob es Verbindungen zwischen Frank Steffen



Dieses Kampfmesser rammte der Attentäter Frank Steffen Oberbürgermeisterin Henriette Reker am Sonnabend in den Hals

fen und dem Dortmunder Neofaschisten Siegfried Borchardt (Spitzname »SS-Siggi«), der in den 1990er Jahren Anhänger der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) war, gegeben habe. Auch über mögliche Beziehungen zum ebenfalls aus Dortmund stammenden Polizistenmörder Michael Berger wollte Rademacher nichts sagen. Berger hatte im Jahr 2000 im Großraum Dortmund drei Polizeibeamte erschossen und sich danach selbst gerichtet. Bis heute halten sich hartnäckig Spekulationen, nach denen Berger im Dienste des Verfassungsschutzes gestanden habe (*jW* berichtete). Über Borchardt berichtete die *WAZ* am Mittwoch, dass es Hin-

weise darauf gebe, dass er Unterstützer des Terrornetzwerkes NSU gewesen sei.

Bezüglich der Personalie Frank Steffen ist indes bemerkenswert, dass die Bonner Antifa noch am Tag des Attentats Informationen über die Neonazivergangenheit Steffens veröffentlichte, während sich die Sicherheitsbehörden diesbezüglich wortkarg zeigten. Gegenüber *jW* äußerte ein Kenner der Bonner Neonaziszene am Mittwoch, dass Steffen in Antifakreisen seit jeher als Gewalttäter und »tikende Zeitbombe« bekannt gewesen sei, und bezeichnete ihn als »voll zurechnungsfähig«. Während die Behörden das Vorstrafenregister des Mes-

serstechers angeblich gelöscht haben wollen, verfügt die Bonner Antifa über Informationen, denen zufolge Steffen 1993 beim »Rudolf-Hess-Gedenkmarsch« in Fulda zugegen gewesen sei und im Folgejahr beim Versuch, den damals traditionellen »Gedenkmarsch« in Luxemburg durchzusetzen, festgenommen worden sei. Medienberichten zufolge soll er außerdem ab 1998 eine Haftstrafe von gut drei Jahren wegen schwerer Körperverletzung verbüßt haben. Eine *jW*-Anfrage an das Bundesamt für Verfassungsschutz, ob Steffen, wie mittlerweile vermutet wird, in den 1990er Jahren als V-Mann für die Behörde tätig war, blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Kanada: Rückzug aus Syrien angekündigt

Ottawa/Washington. Der designierte neue Ministerpräsident von Kanada, Justin Trudeau, hat ein Ende des Kampfeinsatzes seines Landes in Syrien angekündigt. Kanada werde zwar ein »starkes Mitglied« der US-geführten Koalition bleiben, äußerte Trudeau vor Journalisten. Er habe US-Präsident Barack Obama aber darüber informiert, dass der Kampfeinsatz beendet werde. Kanada gehört der vorgeblich gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« kämpfenden Koalition seit vergangener November an und schickte CF-18-Kampfflugzeuge sowie rund 70 Spezialkräfte zur Ausbildung kurdischer Milizen im Nordirak in die Region. Trudeau kündigte an, die Ausbildung fortsetzen zu wollen.

(Reuters/AFP/jW)

Bundeswehr soll Flüchtlinge abschieben



Berlin. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist grundsätzlich offen für den Einsatz von Bundeswehrflugzeugen vom Typ Transall bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. »Selbstverständlich ist eine Nutzung der Transall nicht ausgeschlossen«, sagte sie am Mittwoch in Berlin. Sie fände einen anderen Flugzeugtyp aber praktikabler. In einer Transall können nur 50 bis 60 Personen befördert werden. Das Kabinett beriet am Mittwoch über zahlreiche Schritte zum künftigen Umgang mit Flüchtlingen, allerdings ohne bereits zu Beschlüssen zu kommen. Auch der Einsatz der Bundeswehr war Thema. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, kommentierte das Vorhaben: »Abschiebungen sind polizeiliche Maßnahmen, für die der Bundeswehr jegliche Befugnisse fehlen.«

(dpa/jW)

Penalty gegen Fiat und Starbucks

EU-Kommission bewertet Steuerdeals von Konzernen mit Staaten als nicht rechens

Die EU-Kommission geht offenbar energischer als erwartet gegen Steuerabreden von Mitgliedsländern mit Großkonzernen vor. Die Behörde wertete die sogenannten Steuervorbescheide für Starbucks in den Niederlanden und Fiat Chrysler in Luxemburg am Mittwoch in Brüssel als nicht rechens. Beide Unternehmen wurden verpflichtet, jeweils 20 bis 30 Millionen Euro zu zahlen. »Vorbescheide, die die Steuerlast eines Unternehmens künstlich verringern, stehen nicht

mit den EU-Beihilfavorschriften in Einklang – sie sind illegal«, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

Die Ermittlungen gegen weitere Firmen wie die US-Giganten Amazon und Apple würden fortgesetzt und die Steuervorbescheide anderer Mitgliedsländer untersucht. Ende vorigen Jahres war eine ganze Reihe von Deals zwischen EU-Staaten und internationalen Konzernen ans Licht gekommen, die auch den früheren Ministerpräsidenten Luxemburgs und heutigen EU-Kom-

missionspräsidenten Jean-Claude Juncker in Erklärungsnot brachten (»Luxleaks«).

Mit Hilfe der Deals entrichten Konzerne auf ihre in der EU erzielten Gewinne oft nur minimale Abgaben. Steuervorbescheide an sich seien zwar absolut legal, stellte die EU-Kommission klar. Bei den beiden geprüften seien für die Berechnung der Gewinne jedoch künstliche und komplexe Methoden genehmigt worden, die die wirtschaftliche Realität außer acht ließen. Dadurch entstehe ein unfairer Wettbewerbs-

vorteil gegenüber anderen Firmen. Konkret ist bei Starbucks die Kaffeerösterei in den Niederlanden betroffen, bei Fiat die Finanzierungsgesellschaft in Luxemburg.

Ein Starbucks-Sprecher kündigte an, rechtlich gegen die Entscheidung der EU-Kommission vorzugehen. Die niederländische Regierung zeigte sich überrascht von der Mitteilung aus Brüssel. Sie sei überzeugt, dass sie internationale Standards in der Steuervereinbarung mit der Kaffeehauskette eingehalten habe.

(Reuters/jW)

jW wird herausgegeben von 1.738 Genossinnen und Genossen (Stand 9.10.2015)

www.jungewelt.de/lpg

Tschechische Republik: 47 CZK

